

Aus dem kommunalpolitischen Teil des Geschäftsberichts der Jahreshauptversammlung am 22. März 2012:

Bei der kommunalen Investitions- und Finanzpolitik der Stadt Barmstedt muß man sich längst fragen, warum die Stadt noch keinen Unterschlupf unter dem kommunalen Rettungsschirm wie die Städte Uetersen oder Pinneberg suchen mußte. Das liegt sicher nicht an unseren Politikern, unserer Verwaltung oder dem Kämmerer.

Wir alle sind Barmstedts Rettungsschirm – und die jungen Häuslebauer ganz besonders!

Was hier immer wieder jedes Jahr an Geld verschwendet wird für Baukostenüberschreitungen, kostenpflichtigen Bauänderungen, Fehlinvestitionen, hätte längst größere Löcher gerissen, wenn nicht rechtswidrige Abgaben wie Infrastrukturabgaben und anderes erhoben worden wären.

So sehr wir der Verwaltung angemessene Arbeitsbedingungen wünschen: Bei dem Finanzgefälle war ein Zusammenschluß der Stadt mit dem Amt Rantzau stets eine Illusion, der Ankauf des Kuhlke-Gebäudes eine nicht in die Finanzlandschaft passende Fehlentscheidung.

Was jetzt nach dem Tode der Eheleute Kuhlke für das oberste Geschoß erneut auf den Tisch gelegt werden mußte, hat die Stadt in die Verträge geschrieben, bislang aber nicht offengelegt. Das waren keine kleinen sechsstelligen Beträge und jetzt kommt noch das Wintergartenvorzimmer für unseren Bürgermeister in dem Vorratsumbau für weitere 500.000,00 € hinzu.

Das bezahlen wir letztendlich alle, besonders aber die, die das Geld für ihre Baufinanzierung und ihre Familien brauchen. Soweit überhaupt einmal Erschließungskostenanteile ausgewiesen werden, wirken sie mit krummen Endbeträgen entweder wie schärfstens kalkuliert oder aber ausgewürfelt. Gleiches gilt für die rechtswidrig erhobene und inzwischen stillschweigend beerdigte Infrastrukturabgabe. Die damals beteiligten Stadtvertreter wissen genau, daß dafür keine rechtlich notwendige Kalkulation angestellt worden ist.

Die typischen Vertragskonzeptionen zwischen Grundstückseigentümer, Erschließungsgesellschaft, Bauträger und Bauherren mögen rechtlich verhindern, daß der eine versucht, Beträge zurückzufordern, die er dann an die Zahlenden nicht weiterleiten muß. Sich dann aber unverhohlen über eine etwaige Verjährung zu freuen statt nach Lösungen zu suchen, ruft auch unseren Protest hervor und die Solidarität mit denen, die in diesem Fall gelemmt worden sind. Statt dienender Demut ist jede Presseerklärung und Verlautbarung eine Ohrfeige für die Geschädigten.

Soviel zum Thema „Schöner Wohnen in Barmstedt“!

Hans-Jürgen Schack

Vorsitzender Haus & Grund Barmstedt